

Die österreichische Wählerschaft hat eindeutig entschieden, daß Bundeskanzler und ÖVP-Obmann Dr. Wolfgang Schüssel die Möglichkeit bekommen soll, die im März 2000 mit der FPÖ begonnenen Reformen fortzusetzen. Ob der (ehemalige) Koalitionspartner FPÖ in der kommenden Regierung vertreten sein wird, steht allerdings nicht fest. Einer von der FP-Mannschaft wird jedoch der zukünftigen ÖVP-geführten Regierung auf jeden Fall angehören: Finanzminister Mag. Karl-Heinz Grassner. Das hat in der FPÖ vorerst für ziemliche Irritation gesorgt, man suchte Mittel und Wege, die Wiederberufung des „Abtrünnigen“ zu verhindern. Was nicht gelang, da Schüssel eindeutig auf den Verbleib des beliebtesten heimischen Politikers bestand. Da FP-Obmann Mag. Herbert Haupt jedoch mehrfach den Wunsch bekräftigte, der neuen Regierung jedenfalls angehören und die gemeinsam begonnenen Reformen fortführen zu wollen, war dieses Thema bald abgehakt. Interessanterweise ist Grassners Integrität kaum in Frage gestellt, selbst in der heissesten Wahlkampfphase waren Aussagen über ihn meist von gewisser Achtung geprägt. Daß er noch FPÖ-Mitglied ist, wurde – wenn überhaupt – meist von den Freiheitlichen selbst als nachteilig ins Treffen gebracht. Jedenfalls ist es Schüssel mit dieser „Personal“-Entscheidung gelungen, einen „Säckelwart der Nation“ einzubinden, dem die Bevölkerung trotz der erfahrenen Belastungen „nicht böse“ ist.

Am vergangenen Freitag (28. 11.) wurde der erste Schritt in Richtung Regierungsbildung von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil gesetzt, der die nach der Wahl verfassungsgemäß aufgelöste Bundesregierung mit der Weiterführung der Amtsgeschäfte betraute. Der Weg zur Präsidentschaftskanzlei, vom Bundeskanzleramt über den Ballhausplatz, war dieser Regierung im Jahr 2000 „oberirdisch“ verwehrt gewesen, waren doch Hunderte Demonstranten dort aufmarschiert, um den Widerstand gegen die unerwünschte Koalition zu beginnen. Die zukünftigen Minister und Staatssekretäre mußten damals die Strecke über einen unterirdischen Verbindungsgang zurücklegen. Doch diesmal ging es mehr als

ruhig ab, es hatten sich nur einige Schaulustige eingefunden, und die zollten diesmal Beifall.

Ebenfalls ruhig geht es seit dem Wahlabend in der Innenpolitik zu. Hauptthema sind naturgemäß die Sondierungsgespräche der vier im Parlament vertretenen Parteien, wobei sich jede davor zu hüten scheint, durch die Formulierung „Koalitionsverhandlungen“ irgendetwas zu präjudizieren. Und während die einen sofort könnten, aber vielleicht nicht recht wollen, wollten die anderen, können aber nicht recht. Und das kommt so:

Die Mandatsverteilung hat die Koalitionsmöglichkeiten, über die seit vielen Wochen spekuliert wurde, insofern stark eingeschränkt, als die ÖVP die einzige Partei geblieben ist, die mit einer zweiten über eine relative Mehrheit im Parlament verfügt:

ÖVP – SPÖ: 148 von 183 Mandaten = 82 %

ÖVP – FPÖ: 97 von 183 Mandaten = 53 %

ÖVP – Grüne: 96 von 183 Mandaten = 52 %

im Vergleich dazu

SPÖ – Grüne: 87 von 183 Mandaten = 47 %

(wenn man von der unrealistischen Variante SPÖ+FPÖ+Grüne absieht, die miteinander auf 104 und damit 57 % der Mandate kämen).

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hat die Oppositionschefs Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ), Mag. Herbert Haupt (FPÖ) und Prof. Dr. Alexander Van der Bellen (Grüne) unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu Gesprächen eingeladen, die zwar von allen dreien wahrgenommen werden, allerdings mit sehr unterschiedlichen Positionen.

Die SPÖ hat parteiintern noch keine Einigung darüber gefunden, ob – wie von Gusenbauer ursprünglich angekündigt, als Zweitplazierte – der Weg in die Opposition neuerlich beschritten wird, oder ob man als Juniorpartner in eine große Koalition eintreten soll. Nach dem ziemlich raschen Abgang des letzten SP-Kanzlers Mag. Viktor Klima und dem Verlust der Staatsführung nach fast 30 Jahren hat es die bisher auch gewohnt stimmenstärkste Partei zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt „erwischt“, ist doch Dr. Alfred Gusenbauer als Parteivorsitzender erst seit Anfang 2000 „im Amt“. Das un-

erwartete Ende der Legislaturperiode von ÖVP und FPÖ traf den 42jährigen Niederösterreicher praktisch in der Halbzeit von Erneuerung und Neupositionierung der SPÖ. Er selbst hatte kaum Gelegenheit, sich als Spitzenpolitiker zu positionieren. Und plötzlich haftet nun gewisses Verliererimage an ihm, da es weder gelungen war, eine Mehrheit für „Rot-Grün“ nach deutschem Vorbild zu erlangen, noch die Position als stimmenstärkste Partei des Landes zu halten. Da nützt es auch nicht allzuviel, daß die SPÖ immerhin 3,75 Prozent zulegen konnte: Für viele Mitglieder der Basis scheint Gusenbauer nicht der ideale Parteivorsitzende zu sein, als Vizkanzler einer vom erfahrenen Bundeskanzler Schüssel geführten Regierung wollen ihn viele nicht sehen. Darin dürfte auch der Grund dafür zu finden sein, daß etwa – und das ziemlich vehement – der oberösterreichische Parteichef Erich Haider den Gang in die Opposition fordert und, widrigenfalls, mit der Einberufung eines Sonderparteitages droht.

Dennoch hat die SPÖ ein Verhandlungsteam zusammengestellt (siehe Kasten), das bereits am Dienstag (03. 12.) zu einem ersten, wie gesagt, Sondierungsgespräch mit dem VP-Team zusammengetroffen ist. Die jeweiligen Aussagen über Erfolg/Mißerfolg dieses Treffens stellen sich einigermaßen widersprüchlich dar: „Die Diskussion war in der Sache ernst und getragen von einem konstruktiven Ansatz“, erklärte Bundeskanzler Schüssel und meinte auch, daß ein „Kassasturz“ für das Budget 2002 schriftlich vorgelegt worden sei. Und zwar so, wie von den Sozialdemokraten gewünscht. Demnach bleibe das Budgetdefizit auf dem prognostizierten Niveau von 1,3 Prozent. Enthalten seien darin bereits die beiden Konjunkturbelebungsprogramme sowie die Wiederaufbau- und Entschädigungsmaßnahmen für die Hochwasserkatastrophe.

SP-Verhandlungsführer Gusenbauer resümierte dieses erste Sondierungsgespräch mit der ÖVP als eine ernüchternde Bilanz, die Verweigerung objektiver Informationen ließe Schlimmes erahnen: „Gerade am Beginn einer Legislaturperiode sollte Wahrhaftigkeit über die budgetäre Ausgangslage

herrschen – das geht nur über einen ernsthaften Kassasturz“, so Gusenbauer. Die SPÖ stehe außerdem der Absicht der ÖVP, in Parallelverhandlungen mit FPÖ und Grünen einzutreten, äußerst skeptisch gegenüber. Gusenbauer: „Eine Lizitationspolitik, die nur parteipolitischen Interessen folgt, kann nicht von Nutzen für das Land sein. Die SPÖ lehnt diesen politischen Wettbewerb ab – gefordert ist ein ernsthafter Dialog über die Zukunftsfragen Österreichs“.

Schüssel stellte fest, er glaube, daß der politische Wille, die echten Probleme Österreichs anzusprechen, vorhanden sei: „Das ist ein guter Beginn. Mehr kann man zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Wichtig ist jedoch, daß die Substanz Vorrang vor allen Terminplänen hat.“

Auch die Grünen haben parteiintern noch keine Einigung gefunden, ob der Verbleib in der Opposition der richtige Weg sei, oder ob eine Regierungsbeteiligung das Einhalten der gegebenen Wahlversprechen eher ermögliche. Ein leicht zu ortendes, aber umso schwerer zu lösendes Problem haben SPÖ und Grüne damit, daß sie nicht als „Steigbügelhalter für eine ÖVP-dominierte Regierung“ herhalten wollen. Das leuchte doch, so hört man, auf den ersten Blick ein, wenn man sehe, was von der FPÖ übriggeblieben sei. Daß letztere die sprichwörtliche Trennungs-Schmutzwäsche gewaschen und damit der ehemals gemeinsamen Opposition „Munition“ geliefert hat, ist gerade in Wahlkampfzeiten nachvollziehbar. Was SPÖ und Grüne im Zusammenhang damit *nicht* erwähnen, ist die Tatsache, daß die Freiheitliche Partei Österreichs einem reinen Selbstzerstörungsprozeß zum Opfer gefallen ist. Auch wenn dies – im Wahlkampf – der ÖVP angelastet wurde.

Seit der Beendigung der Koalitionsgespräche zwischen Viktor Klima und Wolfgang Schüssel Ende 1999 hatten SPÖ und Grüne ein ausgemachtes Ziel: eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zu verhindern, später die bestehende Regierung einem möglichst baldigen Ende zuzuführen. Nun ist dies eingetreten, später als erhofft, doch, scheint, früher als erwartet. Denn eine Weigerung der beiden (SPÖ oder Grüne), jetzt mit der ÖVP zu koalieren, würde mit einiger Wahrscheinlichkeit die ÖVP aber in genau diese Regierungsform „hineinzwingen“. Obwohl deren stv. Bundesparteiobfrau, Ministerin Elisabeth Gehrer in einem ORF-Interview deutlich feststellte, die ÖVP würde nur mit einer FPÖ neuerlich koalieren, die verlässlich wäre. Das heißt, mit einer FPÖ, frei von jedem Einfluß ihres Alt-Parteiobmannes Dr. Jörg Haider,

einfaches Parteimitglied und Landeshauptmann von Kärnten. Dessen „Querschüsse“, so heißt es, die sich meist als „Opposition in der Regierung“ darstellten, hätten schließlich dazu geführt, daß ein Teil der FP-Regierungsmannschaft resignierte und somit die Koalition zerbrach. Und diesen Fehler, so Gehrer, wolle man keinesfalls wiederholen.

Ob es eine FPÖ *ohne* Haider geben kann, wird die Zukunft zeigen. Haider selbst hatte schon des öfteren angekündigt, sich aus der Bundespolitik zurückziehen, sich nur auf sein Amt als Landeshauptmann konzentrieren zu wollen. Bisher war es seinen Parteifreunden aber immer wieder gelungen, ihn von endgültigen Schritten zurückzuhalten, ihn nicht als sozusagen Zugpferd zu verlieren. Und da scheiden sich die Geister. Denn ein, wenn auch kleiner, Teil der FP-Funktionäre, schrieb das Dilemma, in dem die ehemalige 26-Prozent-Partei (1999) FPÖ (10,01 Prozent 2003) steckt, offen Haider zu. Der erklärte sich zwar als für die massiven Verluste verantwortlich, zeitgleich aber gerieten die erklärten Haider-Gegner ins Visier der Kernmannschaft. Ein einstiger Weggefährte Haiders, Mag. Norbert Gugerbauer (er hat seinerzeit in Innsbruck den Sturz des damaligen FP-Obmanns Dr. Norbert Steger mitgetragen) sollte beim Sonderparteitag am kommenden Wochenende als Gegenkandidat zu Parteiobmann Mag. Herbert Haupt antreten und die FPÖ-Führung übernehmen. Das hätte mit ziemlicher Sicherheit den totalen Rückzug Haiders zur Folge gehabt. Aus diesen Plänen wurde aber nichts, da Gugerbauer, wie es heißt, zuwenig prominente Unterstützer gefunden hatte. Wie sich Haider nun entscheidet, ob er an die Parteispitze zurückkehrt oder nicht, bleibt wahrscheinlich auch über den kommenden Sonntag hinaus offen.

Die Grünen haben sich unterdessen geeinigt, in Gespräche mit der ÖVP einzutreten – obwohl man praktisch keine Wahrscheinlichkeit für eine Kooperation sieht.

SPÖ und Grüne befinden sich nun in einer politischen Doppelmühle:

Stark, wie Schüssel mit seiner ÖVP derzeit „unterwegs“ ist, kann es sowohl SPÖ als auch den Grünen passieren, bei der nächsten Wahl als Juniorpartner an Profil und Stimmen zu verlieren. Das spräche *gegen* einen Eintritt in eine Koalition.

Sollte die ÖVP mit einer FPÖ-Neu die nächsten vier Jahre regieren, würde das Argument, schwarz-blau würde so weiterarbeiten wie früher, dann nur auf die eigene Verweigerung einer Regierungsverantwortung hinweisen. Außerdem ließe sich die Umset-

zung eigener Wahlversprechen als Regierungspartner um einiges leichter erreichen. Das spräche *für* einen Eintritt in eine Koalition mit der ÖVP.

Eine bisher noch nicht angesprochene Variante bleibt Schüssel: der für Österreich bisher ungewöhnliche Gang in eine Minderheitsregierung. Schüssel könnte bzw. müßte sich für einzelne Vorhaben jeweils Mehrheiten im Parlament suchen, was zu erreichen auf den ersten Blick gar nicht so unwahrscheinlich ist. Das hätte auch für die Opposition gewisse Vorteile, da Sachthemen durchgesetzt werden könnten, die in den eigenen Zielen und im Wahlkampf vorrangig sind resp. waren. Alles geht natürlich nicht, da ja ohne ÖVP praktisch gar nichts geht. Und wenn das alles nicht klappt, könnte Schüssel Neuwahlen ausrufen und möglicherweise mit noch höheren Stimmengewinnen rechnen. Und das wird wohl die eine oder andere Überlegung in den Parteizentralen einigermaßen beeinflussen.

Von einer neuen Regierung sind wir also noch ziemlich weit entfernt. So könnte es bis Ende Jänner dauern, bis ein Regierungsteam den Weg über den Ballhausplatz in Richtung Präsidentschaftskanzlei antritt. Eines scheint aber sicher zu sein: So laut, wie damals, im März 2000, wird es nicht zugehen.